

# Volks-Zeitung

## Die Antwort auf eine Denunziation.

Aus den Kreisen der bereinigten deutschen Prüfungsausschüsse für Jugendbüchereien geht uns eine Mitteilung zu, die wir um so lieber veröffentlichten, als dadurch einer schändlichen Denunziation die Spitze abgebrochen wird.

In der Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses vom 24. dieses Monats wurde an den Kultusminister die Anfrage gerichtet, ob es richtig sei, daß sich in den Jugendbüchereiprüfungsausschüssen der Behörde Tendenzen gezeigt hätten, die die Sozialdemokratie begünstigten, oder ob bei diesen Ausschüssen die Zeitung bekämpfende, vaterländische Schriften als minderwertig abzuqualifizieren. Der Minister erklärte diese Vorwürfe nach seiner Kenntnis der Sachlage für unbegründet.

Jeder Kenner der Tätigkeit der Jugendbüchereiprüfungsausschüsse wird diesem Urteil zustimmen. Seit mehr als zwanzig Jahren arbeiten sie darauf hin, alle Bestrebungen, die auf die Verbreitung guter und die Zurückdrängung schlechter und minderwertiger Bücher für die Jugend drängen, zusammenzufassen, zu kräftigen und fruchtbar zu machen.

Ihre Grundlage bei der Beurteilung der Bücher für die Jugend ist: Jede Jugendbücherei in didaktischer Form muß in erster Linie wertvoll sein. Zurzeit gehören den vereinigten deutschen Prüfungsausschüssen für Jugendbüchereien mehr als 120 Eingelassene an, die über ganz Deutschland verteilt sind. Ihre Arbeit hat große Früchte geerntet. Nicht nur ist reichlich neue Literatur durch die Herausgabe von billigen Büchern für die Jugend haben sie das gebräuchliche billige Jugendbuch geschaffen. Die Entmischung des falschen Bildungsbüchens zum kindlichen haben sie eingeleitet und vorwärts gefördert. Den Kampf gegen die Schundliteratur haben sie energisch geführt, nicht nur im negativen, sondern auch im positiven Sinne durch die Herausgabe der Deutschen Jugendbücherei, einer Zeitschrift, die jetzt der Führer und Weiser ist.

Als am Ende des vorigen Jahres die Auslieferungsbewegung kräftig einsetzte, da haben die Ausschüsse erfolgreich ihren Mund gehalten. Der Auslieferungsbewegung in Weimar, der ihr Oberhaupt, deutsche Sprache und Zeitung, kündigte, weiß deutlich die Spuren ihrer Tätigkeit auf. Das Zurückbleiben von Schülern und Schülerinnen den Seiten wenigstens einer guten Theateraufführung während ihrer Schulferien, können sich die Jugendbüchereiprüfungsausschüsse als Verdienst anrechnen.

Der Berliner Ausschuss, die literarische Vereinigung des Berliner Behörde, hat die Schülerleistungen, die ausschließlich von der Stadt Berlin für Berliner Gemeindeführer veranstaltet werden, eingereicht und so lange ermöglicht, bis die Stadt sie auf eigene Rechnung übernimmt.

Wegen diese Ausschüsse, deren Tätigkeit hier nur andeutungsweise charakterisiert ist, wurden am Ende des Jahres 1912 heftige Angriffe von dem Jugendbuchhändler Wilh. Köpcke in Rathenow und seinem Verleger J. Scholz in Mainz gerichtet, die darin gipfelten, daß der Bundestag und der Berliner Ausschuss und deren Freunde anderwärts sich nur nicht offen zur Sozialdemokratie bekennen und literarische Tätigkeit aber sozialdemokratische Gedankenkreise, die sie zur Geltung zu bringen suchen, erkennen lassen. In einer sehr schmeicheleichen Broschüre verläßt die beiden Herren diese Behauptung zu benehmen. Wie ihnen das gelungen ist, zeigt die Erklärung des Kultusministers in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

Wichtiges Material gegen das Vaterländische in der Jugendliteratur haben nun die Berliner Ausschussmitglieder beigesteuert. Sie haben ein Buch von Herrn Wilhelm Köpcke abgelehnt und kritisiert, weil es nach ihrer Meinung literarisch nicht wertvoll genug ist, um unleser Jugend zum Lesen in die Hand gegeben zu werden. Sie treten — gegen ihren Grundsatzen und ihrem literarischen Gewissen — nur dann für ein Buch ein, wenn aus ihm ein Richter spricht, alles andere ist ihnen wertlos. Köpcke und Scholz, die nicht nur in Büchern vaterländischen Inhalts, sondern in allen Schriften, wenn sie in didaktischer Form geschrieben sind.

Hoffentlich veranlaßt diese Erklärung den gekränkten Herrn Köpcke, in Zukunft mit seinen Denunziationen etwas vorsichtiger zu sein.

## Klerikale Gefinnungsschnüffelerei.

Neben einem besonders trafen Fall literarischer Gefinnungsschnüffelerei wird uns aus Obereschleben berichtet:

Bereits seit vielen Monaten besteht bei den Weutener evangelischen Gemeindeführern, das ganz unter der Kontrolle der dortigen katholischen Geistlichkeit steht, eine literarische Gefinnungsschnüffelerei. Der Vorsitzende der Weutener Gemeinde, der im Aufsichtsrat des Jahresberichtes ist, brachte es fertig, in einer Versammlung den Gemeindeführern den Vorwurf gegen das liberale Blatt zu empfinden. Jetzt geht auch die katholische Geistlichkeit in den Kampf ein. Sie behauptet sich dabei gegen unheimliche Anzeichen, die sie als Mittel für ihre Gefinnungsschnüffelerei benutzt. Um herauszufinden, wer von den Eltern der Kinder die heimliche über alles bestehende „Obereschleben Zeitung“ liest, forderte ein Kaplan der Alten Kirche am Montag die Kinder während der Kommunion unterzuziehen, auf das diejenigen, deren Eltern die Zeitung lesen, ihm das nächstmal die Kommunionsteilnahme mitbringen sollten. Dabei ließ sich der Geistliche außerdem noch zu der Bemerkung hinreißen: Die Zeitung liest das ganze Volk für die Religion.

Dieser erneute Vorwurf gegen das Blatt ist aufzufassen auf einen Vorfall der vorigen Woche zurückzuführen. Als zu der Zeit ein in dem katholischen Weutener evangelischer Pfarrer einen an die Gemeindegemeinschaft über die hinausgehenden Indiz wurde er davon gebittet, weil in dem Werke verschiedene schwere Missetaten mitgeteilt waren. Der Pfarrer verweigerte jedoch die Veröffentlichung und warf den Vorfall auf die Straße hinaus. Dieser Vorfall hatte die „Grenzzeitung“ zur Kenntnis ihrer Leser gebracht.

Deswegen also unternahm es der erwähnte Kaplan wohl auch, die Kap, wohlgerichtet, die den Romanisten

## Kurze Chronik.

• Bei einer Minereplosion im Hafen von Gijon (Spanien) wurden etwa sechzig Personen getötet und viele verletzt.

Kuß Rahat wird gemeinlich, daß den Franzosen ergebene Bemerkung, die im Manoranade Norden hätten, auf Polizeitruppen, die sie für Angestellte, Schiffe abgeben haben. Hiesi Mann der Polizeitruppen wurden getötet, einer verwundet.

Der amerikanische Senat nahm die Vorlage an, die eine Erweiterung der Eisenbahnanlagen nach ihrem physischen Wert autorisiert. Die Vorlage ist bereits auch vom Repräsentantenhaus angenommen worden.

\* Näheres im Text des Blattes.

unterrichtet anvertrauten nichtwissenden Kinder für seine Gefinnungsschnüffelerei auszuweisen. Was damit beabsichtigt wird, ist sonnenklar. Der Herr Kaplan wird sich, nachdem er im Bezug der gewöhnlichen Absichten der Eltern ist, von denen die „unwürdige“ Besetzung getrieben wird, in diese Familien begeben, um besonders die Frauen nach allem Regeln herrlicher Kunst zu bearbeiten, damit diese das liberale Blatt abstellen, um nicht die Wahrheit über bestehende Mißstände zu erfahren. Es benutzt die katholische Kirche für ihre Gefinnungsschnüffelerei nicht nur die Wahrheit über bestehende Mißstände zu erfahren, sondern sie betreibt auch gleichzeitig die rücksichtslose Inflation für die (freiwillig allerdings wenig zahlende) Zentralschule, anstatt sich jeder Einmischung in Familienangelegenheiten selbst zu enthalten.

## Temperenzlergemeinden in Deutschland?

Im Deutschen Reich ist eine starke Bewegung für Einführung des Gemeinbestimmungsrechts im Gange. Unter diesem „Bestimmungsrecht“ hat man die einer Gemeinde, das heißt ihren wahlberechtigten Mitgliedern, Männern und Frauen zu gewährende Befugnis zu verstehen, darüber abzustimmen, ob ein „Ausland“ geistiger Getränke oder ein „Reinhandl“ mit solchen Getränken zu genehmigen oder einzuführen oder zu verbieten ist. Die Bestimmungen um die Einführung des Gemeinbestimmungsrechts sind also nichts anderes als ein Kampf gegen den Alkoholismus, gegen den Genuß geistiger Getränke.

Eine Randbemerkung dieser Temperenzbewegung war ein von einer halben Million deutscher Männer und Frauen mit unterschrieben, an den Reichstag gerichteter Antrag, daß die Einführung des Gemeinbestimmungsrechts beschränkt werden soll. Über die Behandlung dieses Antrages, das dem Reichstag als Material übermitteln werden soll, hat die Petitionskommission des Reichstages in diesen Tagen berichtet. Gemeinbestimmungsrecht ist die von einem Regierungsvorstand, dem Geheimen Oberregierungsrat Brandmann zu der Sache abgegebene Erklärung, deren der Reichstag gebilligt.

Die Erklärung besagt, daß eine Änderung der Schankgesetzgebung im Sinne einer Veräußerung der bestehenden Vorschriften in Aussicht genommen ist und daß dem Reichstag nach dem entsprechenden Gegenstande zugehen wird. Der Einführung des Gemeinbestimmungsrechts seien die Regierungen jedoch nicht geneigt.

Bei den Verhandlungen in der Petitionskommission über diese Angelegenheit haben verschiedene Abgeordnete der Ansicht Ausdruck gegeben, daß man im Deutschen Reich mit der Zulassung von Geistesgetränken zu verfahren sei und daß man etwas gesehen muß. Andererseits behauptete sich die Kommission für das Gemeinbestimmungsrecht nicht zu erwidern. Ein Mitglied meinte: Auf diese Weise könne man den Alkoholismus nicht bekämpfen. In der einen Gemeinde würde man den Verkauf geistiger Getränke verbieten, in der anderen nicht, so daß der Trinkenwollende sich nur in die Nachbarstadt zu begeben braucht, um die Erfüllung seines Sehnsuchs zu finden.

Nach alledem sind die Aktivisten im Deutschen Reich vor dem Gemeinbestimmungsrecht einverstanden. Aber sonst wird man ihnen das Behalten noch strenger zu machen haben, als es jetzt bereits der Fall ist.

Zur Angelegenheit des Vachters von Rabinen verurteilt, daß der Kaiser Verordnung gegeben hat, ihm ein solches Verbrechen zu erlassen oder die vollständige Verurteilung in Rabinen und über die Prozessvergangenheit innerhalb der Reihe der weltlichen Gerichtsbarkeit. Der Kaiser hatte sich über seinen Vachter im Landwirtschafstest sehr abfällig geäußert. Diese Verurteilung hatte in Widerspruch in den Kreisen der Geistlichkeit böses Blut erzeugt und zu einem Vertrauenssturm im der Vachter geführt.

Dr. Wugban und die Zuberholze. Dr. Abgeordnete Dr. Wugban hat diese Tage behauptet, daß die Zuberholze eine Volks- bzw. Proletariatspartei sei. Er bezeichnete es als Gehe, wenn man sie dazu stempelt. Wir erlauben uns dazu folgende Bemerkung:

Dr. Zuberholze nennt die „Zuberholze“ die von der Kunst nach Innen gewonnene „Kunst“.

Einer der allergrößten Meiste der berühmten Schule von Paris Dr. Corvisart sagt: Die Zuberholze steigt aus der Hölle in den Palast, um die durch Anwesenheit und Supplifikation seiner Vorfahren Regenerierten zu befruchten!

Die Einführung der zweisehnen Dienstzeit bei der Marineinfanterie. Die Budgetkommission des Reichstages hat, wie erwartet, beschlossen, bei der Marineinfanterie und der Marineartillerie die zweisehnen Dienstzeit

einzuführen. Aber diesen Antrag haben an ausländiger Stelle eingehende Ermüdungen festgehalten. Obwohl wir darüber berichtet; Der Einführung der zweisehnen Dienstzeit bei der Marineinfanterie stehen Schwebefächer entgegen. Wenn der Etatplan der einzelnen Kompanien erhöht wird, dagegen bestehen Bedenken bei der Marineartillerie. Der Dienst bei dieser Waffe ist so vielseitig, daß eine dreijährige Dienstzeit unbedingt notwendig erscheint. Wollte man dem Gedanken der Einführung der zweisehnen Dienstzeit nachgeben, so müßten umfangreiche Umstellungen auf dem Gebiet der Marineartillerie stattfinden. Den allem müßten besonders Formationen für den Minendienst eingerichtet werden und außerdem die Anzahl der Marineartillerie und der Spezialformationen bedeutend erhöht werden. Für Aussicht müßte unter allen Umständen dreijährige Dienstzeit bestehen bleiben.

## Minereplosion im Hafen von Gijon.

Sechzig Tote, viele Verletzte.

(Telegraphische Berichte)

Gijon, 26. Februar.

Der Gouverneur hat Nachrichten aus Gijon erhalten, nach denen im Vorhale eine Mine explodiert ist, wobei ungefähr sechzig Personen getötet sein sollen.

Gijon, 26. Februar.

Nach amtlichen Mitteilungen betraf die bei der Minereplosion Getöteten 24. Darunter ist auch der die Arbeiten leitende Ingenieur und Unternehmer vorhanden. Die Anzahl der Verwundeten ist beträchtlich. Man glaubt, daß außerdem noch zahlreiche Personen unter den Trümmern liegen. — Die Katastrophe ereignete sich folgendermaßen: Eine Mine von 3000 Kilogramm schwarzen Pulvers war gelegt worden, um einen Berg zu sprengen. Die Sprengung mißglückte, und die Mine, die nach hinten lag, schloßerte einen heftigen Regen von Steinen auf die Zuschauer und die Schiffe im Hafen.

Mehr als 200 Verletzte. — 100 Verstorbene.

Gijon, 26. Februar.

Dem „Imparcial“ zufolge beträgt die Zahl der bei dem Unglück in Gijon Verwundeten mehr als 200. Etwa 100 sollen unter den Trümmern verstorben sein.

## Das Reichstagsmandat des Herrn v. Kröcher unglücklich.

Die Wahlkommission des Reichstages kam in ihrer heutigen Sitzung zur Unzulässigkeitserklärung der Wahl bei früheren Präsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses v. Kröcher, dessen Wahlkreis Solingen-Garlsberg ist. Für die Entscheidung über die Ungültigkeit kam insbesondere die Ablehnung der Unterchriften von Amtsverwaltern unter Wahlangelegenheiten in Betracht.

Die Erklärung der Entscheidung der Wahl bei H. v. Kröcher (H. v. Kröcher), dessen Wahl von dem Volke erneut beantragt ist, wurde noch nicht zu Ende geführt.

## Wer beim Romanowjubiläum begnadigt wird.

(Privat-Telegramm)

Petersburg, 25. Februar.

Der Amnnestieloch zur bevorstehenden Romanowfeier (die vom allem dem berühmten Rittmeister Zeldschewo zugrunde kommen, der bei dem Bombenstich von Kiew niederschlug), die demnächst wieder ganz Unterdrückung gegen die Besatzungspartei eingestellt, durch die die Reichsregierung und der Handelsminister fast kompromittiert werden können. Dieser Fall, der nunmehr auch dem Obersten Kulaibto unterworfen werden, der zum Erlingen des Amnestieloch auf Stolypin das meiste beigetragen hat. Ferner wird der Untersuchungsrichter Wjshin, der die Akten der armenischen Revolutionäre aus Dienstlicher Sälthe und dadurch viele Menschen ins Unglück stürzte, für immer begnadigt. Sämtlich Intendanten, die den Staat um drei Millionen Rubel gekostet haben, werden in ihre Rechte wieder eingeleitet. Dem wegen der Wladimir ungerrechtlich lebenslänglich nach Sibirien verbannten, einst allmächtigen Volkseidelen Wodunin wird die Strafe nur um einen Grad gemildert werden, die er nur für gewisse Zeit auf der Anstaltung abzulassen hat. In diesem Teile zeigt das Manifest eine gewisse Verengung der Reichsgerichtsbarkeit, von denen sich Rabahin von Jahr zu Jahr mehr entfernt. Die Peterburger Banken brücken zum Jubiläum eine Million Rubel zu wohlhabenden Juden zu spenden.

Der Hausfuchung auf dem Schloß des Grafen Potodi sind weitere Hausfuchungen bei demselben Magnaten im Gouvernement Wolhynien erfolgt. Der Graf hat die Gendarmen in auf eine Denunziation der eht russischen Welt erfolgt, deren der Graf ein Sohn im Auge war. Angeblich hat der Graf seine armenischen Besatzungen und Treiber zu militärischen Diensten ausgebildet. Grafede Graf Potodi ist ein strenge Konservator Russen, dem man einen Bundesvertrag nicht zumuten kann.

## Die Gegenrevolution in Mexiko.

(Telegraphische Berichte)

Mexiko, 26. Februar.

Es ist wenig Hoffnung auf einen friedlichen Frieden vorhanden. Die Tätigkeit der Aufständischen nimmt im Norden zu; im Süden haben die Zapatisten Guatemal in Brand gesetzt und geplündert; sogar ein Militärschiff wurde von ihnen angegriffen.

New-York, 26. Februar.

Nach einem Telegramm aus Mexiko hat General Carrista Befehl erteilt, daß die Portraits des Expräsidenten